

Antrag C05: Funktionierende Häfen für eine resiliente Wirtschaft sicherstellen

Antragsteller*in:	DGB-Bezirksvorstand Nord, DGB-Bezirksvorstand Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung

- 1 Die deutschen Seehäfen sind von überragender Bedeutung für die gesamte
2 Bundesrepublik. Von jeher waren sie wichtig für die Versorgung des Landes und als
3 Drehscheiben ein wesentlicher Erfolgsfaktor für unsere Außenwirtschaft. Gleichzeitig
4 haben die deutschen Seehäfen eine beschäftigungssichernde Wirkung auf bundesweit 5,6
5 Millionen Arbeitsplätze. Ihre Aufgaben sind zudem in den letzten Jahren aufgrund
6 klima- und geopolitischer Herausforderungen gepaart mit neuen Anforderungen an die
7 Versorgungssicherheit deutlich gewachsen. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine
8 hat zur Folge, dass wesentlich mehr Energieimporte über den Schiffsweg in Deutschland
9 anlanden. Auch zukünftig wird die Bedeutung der Häfen bei der Energie- und
10 Rohstoffversorgung weiter zunehmen, wenn die Importterminals für Wasserstoff bzw.
11 wasserstoffbasierte Derivate nutzbar gemacht werden. Eine zukunftsfähige
12 Hafeninfrastuktur ist vor diesem Hintergrund nicht nur entscheidend für die
13 Energieversorgung unserer energieintensiven Industrien mit ihren vielen
14 Arbeitsplätzen in ganz Deutschland, sondern spielt auch eine entscheidende Rolle zur
15 Reduzierung von CO₂-Emissionen.
- 16 Gleichzeitig sind die Seehäfen Ausgangspunkte für den Bau und die Wartung der vielen
17 neuen Offshore-Windparks in Nord- und Ostsee und natürlich ergeben sich aus einer
18 veränderten Weltlage auch neue sicherheitspolitische Anforderungen, auch in den Häfen
19 selbst.
- 20 Die strategische Bedeutung der deutschen Seehäfen für die Sicherheit und die
21 Versorgung unseres ganzen Landes ist deutlich gestiegen und wird weiter steigen.
22 Damit entstehen auch erhöhte Anforderungen an die Hafenhinterlandanbindungen,
23 insbesondere auf der Schiene und den Wasserstraßen, um nicht nur die
24 Versorgungssicherheit bis tief in den Süden Deutschlands sicherzustellen, sondern
25 auch um den klimapolitischen Anforderungen an den Verkehrssektor gerecht zu werden.
26 Das erfordert eine deutlich höhere bundespolitische Verantwortung als bisher.
- 27 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern daher den Bundestag und die
28 Bundesregierung auf:
- 29 • die seit 2005 unverändert gleich gebliebene finanzielle Unterstützung des Bundes
30 – mit rund 38 Millionen Euro pro Jahr für alle fünf norddeutschen Länder – an
31 den tatsächlichen Bedarf der Infrastrukturen in Höhe von 500 Mio. Euro jährlich
32 anzupassen. Mittlerweile sind Investitionen in Höhe mehrerer Milliarden Euro
33 erforderlich, um zentrale Infrastrukturen für Umschlag, Energieimporte, die
34 Landstromversorgung gemäß EU-Vorgabe, die Offshore-Industrie und
35 sicherheitsrelevante Einrichtungen aufzubauen und zu modernisieren.
 - 36 • eine neue, mit entsprechenden Mitteln hinterlegte, Gemeinschaftsaufgabe "Häfen"

- 37 gemäß Artikel 91a des Grundgesetzes einzuführen.
- 38 • eine schnelle, verlässliche und an den zukünftigen Bedarfen ausgerichtete
39 Hafenhinterland-Anbindung, insbesondere auf der Schiene und den Wasserstraßen,
40 bis tief in den Süden der Republik sicherzustellen.
- 41 • den Erhalt der Rangierbahnhöfe sowie aller DB-Cargo-Werke für eine schnelle und
42 standortnahe Reparatur von Lokomotiven und Waggonen zu garantieren.